

26. April 2010

An den Stadtrat
der Stadt St. Gallen
Rathaus
9001 St. Gallen

Einfache Anfrage:

Ethos für die städtische Versicherungskasse

Am 14. April 2010 hat die GV der UBS AG Wirtschaftsgeschichte geschrieben, als sie (aus gegebenem Anlass) dem VR die sonst routinemässige Décharge verweigerte.

Auch die Stadt St. Gallen ist über ihre Versicherungskasse (VK) Aktionärin der UBS. Es ist aber nicht öffentlich bekannt, ob sie zum Kreis der Aktionäre gehört, die am 14.4.10 diesen Mehrheitsbeschluss bewirkt hat. Dem Vernehmen nach verzichtete die VK auch in diesem Fall auf die Ausübung des Aktienstimmrechtes, wie offenbar generell üblich (Art. 7bis des Reglementes der VK-Verwaltungskommission). Gemäss geltendem Reglement ist allerdings der Vorsitzende der VK-Verwaltungskommission ermächtigt, davon nach eigenem Gutdünken abzuweichen.

In den letzten Jahren haben sich verschiedene Pensionskassen (v.a. auch öffentlicher Körperschaften, zum Beispiel die kant. Pensionskasse SG) verstärkt mit der wirtschaftsethischen Dimension ihres Wertschriftenbestandes auseinandergesetzt, was dazu führte, dass sie zum Teil ihr Aktienstimmrecht über die Stiftung "Ethos" wahrnehmen lassen.

Daraus ergeben sich für die Stadt St. Gallen einige Fragen:

1. Welche Auffassung vertritt der Stadtrat bzw. die VK-Verwaltungskommission in der Frage wirtschaftsethischer Prinzipien im Zusammenhang mit ihren Aktiven?
2. Trifft es zu, dass die VK bisher im Regelfall von ihrem Aktienstimmrecht keinen Gebrauch gemacht hat, und wenn ja: weshalb?
3. Wurde diese Abstinenz auch im Falle GV2010 der UBS AG so gehandhabt? Wenn ja: Wäre die GV 2010 der UBS AG nicht ein spezieller Fall gewesen, der eine Ausnahme von dieser Regel nicht nur gerechtfertigt sondern geradezu erfordert hätte? Warum hat der Vorsitzende der VK dies nicht so beurteilt?
4. Teilt der Stadtrat die Auffassung, dass es nun an der Zeit ist, für seine Aktiven wirtschaftsethische Verantwortung zu übernehmen, gerade auch als sich fortschrittlich positionierendes Gemeinwesen? Wenn nein: mit welcher Begründung?
5. Wie beurteilt der Stadtrat die Möglichkeit, das Aktienstimmrecht im Sinne der Frage 4 über die Stiftung "Ethos" (oder eine ähnliche Organisation) wahrnehmen

zu lassen? Ist er bereit, der VK-Verwaltungskommission eine entsprechende Reglementsänderung zu unterbreiten? Wenn nein: mit welcher Begründung ist er nicht dieser Auffassung?

Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung dieser Fragen,
mit bestem Dank und freundlichen Grüßen

Martin Boesch, Stadtparlamentarier SP-Juso-PFG-Fraktion